

## Akzeptanz statt Pathologisierung: Kai Klose zum Verbot von Konversionstherapien heute im Bundesrat

### **Kai Klose stellt Bundesratsinitiative zum Verbot von Konversionstherapien vor**

Sozial- und Integrationsminister Kai Klose stellt heute die von Hessen erarbeitete und gemeinsam mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein auf den Weg gebrachte Bundesratsinitiative zum Verbot von Konversionstherapien im Bundesrat vor. Dazu erklärt Klose: „Ohne Angst verschieden sein zu können, ist ein wichtiger Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität sind Wesensmerkmale des Menschen, keine Entscheidung. Entsprechend ist Homosexualität keine Erkrankung und deshalb auch nicht behandlungsbedürftig.“

### **Mit dem Verbot allein ist es nicht getan**

Die Bundesratsinitiative aus Hessen mache deutlich, dass es mit einem Verbot allein nicht getan sei. „Wir müssen ein Maßnahmenbündel ergreifen.“ Er freue sich daher, als Mitglied der zu diesem Thema vom Bundesgesundheitsministerium berufenen Kommission den Gesetzgebungsprozess auch persönlich begleiten zu können. „Ich gehe davon aus, dass in der Kommission Expert\*innen aus allen relevanten Bereichen zusammenkommen, sodass schnell effektive Maßnahmen ergriffen werden können.“

### **Konversionstherapien sind gesundheitsgefährdend**

Klose betont, dass Konversionstherapien auch nach Ansicht psychologischer Fachverbände und der Bundesärztekammer gesundheitsgefährdend sind, da sie gesellschaftliche Ausgrenzung, Abwertung und Diskriminierung erhalten und verstärken und häufig schwerwiegende psychische Belastungen wie Depressionen, Angsterkrankungen und ein erhöhtes Suizidrisiko nach sich ziehen. „Es ist wichtig, solchen fragwürdigen und menschengefährdenden Angeboten ein Ende zu setzen und das Anbieten, Bewerben und Durchführen von Konversionstherapien wirksam zu unterbinden und zu verbieten,“ unterstreicht der Minister. „Deshalb wollen wir solchen fragwürdigen „Therapieangeboten“ die Grundlage entziehen und fordern die Bundesregierung dazu auf, ihnen ein Ende zu setzen.“

### **Akzeptanzförderung und Aufklärung**

Darüber hinaus setzt die Bundesratsinitiative klare Akzente in Richtung Akzeptanzförderung und Aufklärung, um solchen Angeboten auch gesellschaftlich entgegenzuwirken. „In einem aufgeklärten und wertschätzenden Umfeld wird es unwahrscheinlicher, dass Menschen sich als ‚falsch‘ oder gar ‚krank‘ empfinden, wenn sie homo-, bi- oder transsexuell sind,“ erläutert Klose ein Kernanliegen. „Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche.“